



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 4 vom 21.2.2013

Inhalt

EDITORIAL

SCHWERPUNKT-THEMA: PROFESSIONELLE INTEGRATION VON FREIWILLIGEN HELFERN IN KRISENMANAGEMENT UND KATASTROPHENSCHUTZ (INKA)

- Thomas Weber: Zukunftsfähigkeit sichern - Neue Konzepte im Katastrophenschutz
- Claudia Schorr: Katastrophenszenarien - Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige
- Christian Herrmann: Struktur und Herausforderungen im Katastrophenschutz
- Diana Kietzmann: Motive Freiwilliger - Besonderheiten im Katastrophenschutz?
- Wolf Engelbach: Wie gestalten Hilfsorganisationen den Einsatz von Freiwilligen?
- Karin Haman: Corporate Volunteering für den Katastrophenschutz

LÄNDERBERICHTE

- Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft: Koalitionsvertrag in Niedersachsen
- Informationsfreiheitsgesetz in Niedersachsen
- Hessische Freiwilligenagenturen: Ergebnisse einer Umfrage
- Akademie für Integres Wirtschaften

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Öffentliche Beteiligung bei Großprojekten: Anhörung
- Programm Forschung für die zivile Sicherheit: Kleine Anfrage beantwortet
- Kritik am neuen Datenportal GovData von Bund und Ländern

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Neuer BBE-Sprecherrat gewählt
- BBE-Fachtag Erster Engagementbericht: Rückblick
- Sitzung der AG 3 »Freiwilligendienste«: Bericht

- Civil Academy: 24 junge Engagierte ausgewählt
- Neue Mitarbeiterin im BBE

FACHDISKURS

- Engagement und verknappte Zeit: Fachtag Jugendforschung
- Kommunen und Zivilgesellschaft: 8. Kommunalkongress 2013
- Charta der Vielfalt ruft 1. Deutschen Diversity-Tag ins Leben
- Preis für Online-Partizipation: Ausschreibung
- Jansen, Schröter, Stehr (Hg.): Bürger. Macht. Staat? (Publikation)
- Karima Benbrahim (Hg.): Diversität (Publikation)
- Stefan Glaser, Thomas Pfeiffer (Hg.): Erlebnisswelt Rechtsextremismus (Publikation)
- Hinweis

EDITORIAL

nach oben

Rund 1,7 Millionen Menschen sind im Katastrophenschutz engagiert. Rettungs- und Hilfsorganisationen stehen bei der Gewinnung und Einbindung Freiwilliger jedoch vor den Herausforderungen, die der demographische Wandel und der Wandel des Engagements mit sich bringen. Vor dem Hintergrund, dass der Katastrophenschutz maßgeblich auf freiwillige Helferinnen und Helfer angewiesen ist, geht das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsprojekt INKA der Frage nach, wie freiwillige Helferinnen und Helfer auch unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen professionell in den Katastrophenschutz integriert werden können. In diesem Newsletter gibt es neben einem Beitrag, der in die Strukturen des Katastrophenschutzes einführt, auch einen Überblick über das Projekt, das sich in mehrere Arbeitspakete gliedert. Die Projektpartner stellen darüber hinaus Arbeitspakete mit jeweils einem inhaltlichen Schwerpunkt vor. Dazu zählen die Einsatzmöglichkeiten Freiwilliger in bestimmten Katastrophenszenarien, die organisatorischen Rahmenbedingungen, die Motivationslagen Freiwilliger im Katastrophenschutz und die Möglichkeiten, die Unternehmen zur Förderung eines Engagements im Katastrophenschutz haben.

nach oben

SCHWERPUNKT-THEMA: PROFESSIONELLE INTEGRATION VON FREIWILLIGEN HELFERN IN KRISENMANAGEMENT UND KATASTROPHENSCHUTZ (INKA)

nach oben

Thomas Weber: Zukunftsfähigkeit sichern - Neue Konzepte im Katastrophenschutz

Der Schutz der Bürger vor Gefahren ist eine der Kernaufgaben des modernen Staates. Doch auch so genannte neue Bedrohungen ändern nichts daran, dass die Gewährleistung dieses Schutzes ohne aktive Beteiligung der Bürger nicht möglich ist. Ein allein mit hauptamtlichen Kräften auskommender Katastrophenschutz, der flächendeckend, nachhaltig und professionell aufgestellt ist, wäre nicht möglich. Thomas Weber koordiniert als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sachgebiet Sicherheitsforschung beim Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes das Projekt INKA. In diesem interdisziplinären Forschungsprojekt kooperieren neben dem Deutschen Roten Kreuz auch die Berliner Feuerwehr, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die Universitäten Greifswald und Stuttgart sowie das Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation. Die anderen Rettungs- und Hilfsdienste sind als assoziierte Partner beteiligt. In seinem Gastbeitrag stellt Weber die Freiwilligen als Rückgrat des bestehenden Katastrophenschutzes dar und beschreibt neue Herausforderungen und neue Bedrohungslagen. Vor diesem Hintergrund skizziert er Ansatz und Arbeitspakete des Projekts INKA.

Gastbeitrag von Thomas Weber unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl04_gastbeitrag_weber.pdf (53 kB)

nach oben

Claudia Schorr: Katastrophenszenarien - Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige

Hauptuntersuchungsgegenstand des Projektes INKA ist es, wie zukünftig freiwillige Helferinnen und Helfer für den Katastrophenschutz gewonnen und eingebunden werden sollten, damit dieser wie bisher flächendeckend in Deutschland gewährleistet werden kann. Dabei geht es aber nicht nur darum, neue Konzepte zur langfristigen Helferbindung zu entwickeln, sondern ebenso um einen Beitrag zur Entwicklung von neuen Engagementformen unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen. Claudia Schorr koordiniert als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sachgebiet Sicherheitsforschung beim Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes das Projekt INKA. Sie skizziert in ihrem Gastbeitrag vorgesehene Arbeitsschritte im Projekt, um Katastrophenszenarien in Deutschland und Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige zu identifizieren. Zugleich stellt sie dar, welche Erkenntnisse der erste Workshop gebracht hat, der am 23. Januar 2013 im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes zum Thema »Schadensszenarien - Anforderungen an freiwillige HelferInnen und Hilfsorganisationen zu deren Bewältigung« stattfand.

Gastbeitrag von Claudia Schorr unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl04_gastbeitrag_schorr.pdf (45 kB)

nach oben

Christian Herrmann: Struktur und Herausforderungen im Katastrophenschutz

Bevölkerungsschutz in Deutschland braucht viele Akteure: Die Zusammensetzung der einbezogenen Akteure ist vielfältig und bezieht Bund, Länder, Kommunen, Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Malteser-Hilfsdienst (MHD), Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und Regieeinheiten der Gemeinden ein. Christian Herrmann arbeitet als Referent im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Referat »Rechtsangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Helferfragen, Selbstschutz und Grundsatzangelegenheiten der Selbsthilfe«. In seinem Gastbeitrag skizziert er die Akteurskonstellationen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Deutschland sowie die vorhandenen Herausforderungen.

Gastbeitrag von Christian Herrmann unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl04_gastbeitrag_herrmann.pdf (50 kB)

nach oben

Diana Kietzmann: Motive Freiwilliger - Besonderheiten im Katastrophenschutz?

Unterscheiden sich die Motive Freiwilliger im Katastrophenschutz signifikant von den Motiven Freiwilliger in anderen Bereichen? Eine Antwort auf diese Frage hat weitreichende Konsequenzen zum Beispiel für die zielgruppengenaue Ansprache potenzieller Freiwilliger, für das Management von Freiwilligen im Katastrophenschutz oder für sinnvolle Anerkennungsformen. Die Untersuchung der motivationalen Aspekte freiwilliger Helferinnen und Helfer einschließlich der Faktoren, die einen Einfluss darauf haben, ist Gegenstand des Teilvorhabens »Motivationslagen bei aktuellen und potenziellen Freiwilligen« im Projekt INKA. Die Diplom-Sozialpädagogin und Diplom-Psychologin Diana Kietzmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit & Prävention des Instituts für Psychologie an der Universität Greifswald, diskutiert in ihrem Gastbeitrag vorliegende Erklärungsansätze allgemeiner Art sowie speziell für das Ehrenamt im Katastrophenschutz. Ebenso stellt sie die leitende Frage für die beabsichtigte Untersuchung im Rahmen des Projekts INKA dar.

Gastbeitrag von Diana Kietzmann unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl04_gastbeitrag_kietzmann.pdf (67 kB)

nach oben

Wolf Engelbach: Wie gestalten Hilfsorganisationen den Einsatz von Freiwilligen?

Die Motive Freiwilliger anzusprechen ist ohne Zweifel wichtig, doch die höchste Engagementbereitschaft nutzt nichts ohne eine gute Organisation. Deshalb erfolgt im Projekt INKA auch eine Analyse von Managementprozessen und deren organisatorischen Bedingungen beim Einsatz von Freiwilligen im Katastrophenschutz aus der Perspektive der Katastrophenschutzorganisationen. Wolf Engelbach arbeitet am Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement der Universität Stuttgart und ist Leiter des Competence Team Informationsmanagement am Fraunhofer-Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation. In seinem Beitrag stellt er auch einige offene Fragestellungen und Hypothesen vor, wie sie sich u.a. auf Grundlage eines ersten Workshops mit den als assoziierten Partnern beteiligten Hilfsorganisationen ergeben haben. Dabei geht es zum Beispiel um Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung eher projektorientierter oder spontaner Hilfsformen in das Katastrophenschutzmanagement.

Gastbeitrag von Wolf Engelbach unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl04_gastbeitrag_engelbach.pdf (43 kB)

nach oben

Karin Haman: Corporate Volunteering für den Katastrophenschutz

Ein Ziel des Teilvorhabens »Freiwillige im Krisenmanagement als Herausforderung und Chance für Personalentwicklung und Corporate Social Responsibility (CSR) von Unternehmen« ist die Untersuchung, wie Unternehmen und Katastrophenschutzorganisationen als WIN-WIN-Partner kooperieren können. Karin Hamann arbeitet am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) im Competence Center Dienstleistungsarbeit. Sie stellt Ansatzpunkte und Ziele dieses Teilprojekts dar.

Gastbeitrag von Karin Haman unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl04_gastbeitrag_haman.pdf (37 kB)

nach oben

LÄNDERBERICHTE

nach oben

Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft: Koalitionsvertrag in Niedersachsen

In niedersächsischen Koalitionsvertrag »Erneuerung und Zusammenarbeit« zwischen Bündnis90/Die Grünen und der SPD erteilen die Regierungspartner einem »obrigkeitsstaatlichen Politikstil« eine Absage: »Wir setzen dagegen auf

Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik und wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft« (S. 3). Sie wollen kontinuierliche Beteiligung ermöglichen und Transparenz herstellen: Neben der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als spezieller Aufgabe wird in einer Reihe von Politiksbereichen auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements eingegangen. So sollen zum Beispiel die Kulturfachverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur und kleinere Kulturinitiativen wieder stärker in die Vergabe von Fördermitteln eingebunden werden, um, zusammen mit kulturellen Investitionen in ländliche Räume, »kulturelle Teilhabe für Alle« zu ermöglichen.

Koalitionsvertrag unter

http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtagswahl_niedersachsen_2013/koalitionsvertrag157.pdf

nach oben

Informationsfreiheitsgesetz in Niedersachsen

Der Koalitionsvertrag zwischen Bündnis90/Die Grünen und der SPD in Niedersachsen sieht die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes vor, das sich am Hamburger Transparenzgesetz orientieren soll. Damit wäre Niedersachsen das zwölfte Bundesland mit einem Informationsfreiheits- oder Transparenzgesetz. Lediglich Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, und Sachsen verzichten dann noch auf ein solches Gesetz. Die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland begrüßt dieses Vorhaben, weist aber auch darauf hin, dass ein ähnliches Projekt im grün-roten Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg bisher noch zu keinem Gesetzesentwurf geführt hat.

Presseerklärung TI unter

www.transparency.de/2013-02-15-IFG-Niedersachsen.2242.0.html?&contUId=4935

nach oben

Hessische Freiwilligenagenturen: Ergebnisse einer Umfrage

In Hessen gibt es seit über 15 Jahren Freiwilligenagenturen. Jährlich kommen neue dazu. Ihre organisatorische und inhaltliche Ausrichtung ist immer Ausdruck jeweiliger lokaler Bedingungen und wurde bisher noch nicht in einem Überblick hessenweit systematisch erfasst. In Gesprächen zwischen der LandesEhrenamtsagentur Hessen und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Hessen (LAGFA Hessen e.V.) wurde erörtert, wie dieser Überblick erstellt werden könnte. Dr. Christa Perabo, ehrenamtliche Mitarbeiterin der LandesEhrenamtsagentur und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (bagfa e.V.), hat diese Aufgabe übernommen. Die Ergebnisse der Umfrage zur Situation, der Arbeit und den Perspektiven der kommunalen Unterstützungsstrukturen des bürgerschaftlichen Engagements in Hessen liegen jetzt als Werkstattbericht vor. Der entstandene Werkstattbericht liefert sowohl einen strukturellen Überblick als auch einen Einblick in die inhaltliche Arbeit der Freiwilligenagenturen sowie in deren aktuelle Herausforderungen und Perspektiven.

Werkstattbericht unter
<http://www.gemeinsam-aktiv.de/dynasite.cfm?dsmid=5234&dspaixd=101577&go=1>

nach oben

Akademie für Integres Wirtschaften

Zielkonflikte zwischen Gewinn und Gewissen gehören für viele Manager zum Alltag. Lösungen, mit diesen systematisch umzugehen, werden in der Managementausbildung bisher aber nur selten vermittelt. Diese Lücke will die neu gegründete Akademie für Integres Wirtschaften (IW Akademie) schließen. Die IW Akademie ist eine Kooperation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln mit der Universität zu Köln, der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und der Fachhochschule Köln. Die Kooperationspartner forschen an den Schnittstellen von Wirtschafts- und Unternehmensethik, Psychologie sowie Ökonomik. Basierend auf den Forschungsaktivitäten dieser Institute bietet die IW Akademie ab März 2013 Seminare zur erfolgs- und wertorientierten Führung an. Neben konkreten Wegen zur Lösung ethischer Dilemmata sollen Führungskräfte lernen, wie ethisches Management in die Unternehmensstrategie eingebunden und konsequent umgesetzt werden kann. Zudem ist ein berufsbegleitender Masterstudiengang »Master of Behavioral Ethics, Economics and Psychology (M.A.)« in Planung.

Weitere Informationen unter
<http://www.iw-akademie.de>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Öffentliche Beteiligung bei Großprojekten: Anhörung

Am Montag, dem 18. Februar 2013 fand eine öffentliche Sachverständigen-Anhörung zu den Plänen der Bundesregierung zur stärkeren und frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Planung von Großvorhaben im Innenausschuss statt. Unter dem Vorsitz von Wolfgang Bosbach (CDU/CSU) waren als Experten geladen: Prof. Dr. Hans-Jörg Birk, Rechtsanwalt in Stuttgart, Ulf Domgörgen, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, Tilmann Heuser, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Berlin e.V., Matthias M. Möller-Meinecke, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, Prof. Dr. Ulrich Ramsauer, Vorsitzender Richter am Obergerverwaltungsgericht Hamburg, Prof. Dr. Andrea Versteyl, Fachanwältin für Verwaltungsrecht in Berlin und Prof. Dr. Jan Ziekow, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Das Echo auf die Pläne war bei den Experten geteilt. Es reicht von »enttäuschten Erwartungen« bis hin zum Urteil einer »durchaus gelungenen« frühzeitigen Beteiligung. Andere Experten sprachen von einer »Minimalversion«, die anzunehmen besser als nichts ist. Die Anhörung dauerte gut 100 Minuten und ist im Parlamentsfernsehen dokumentiert.

Anhörung im Parlamentsfernsehen und Dokumente unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/42797721_kw06_p_a_inneres/index.html

nach oben

Programm Forschung für die zivile Sicherheit: Kleine Anfrage beantwortet

Eine Kleine Anfrage der Linken (17/11987) zur ersten Förderphase des Programms »Forschung für die zivile Sicherheit« wurde von der Bundesregierung am 29. Januar 2013 beantwortet (17/12172), Die LINKE wollte wissen, nach welchen Kriterien von wem Fragestellungen entwickelt, Gremien zusammengesetzt und Beratungsprozesse organisiert wurden. So moniert die Linke, dass bei einem zentralen Agenda-Workshop viele Wirtschaftsvertreter, aber keine Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen gewesen seien. In ihrer Antwort sieht die Bundesregierung die Zivilgesellschaft dagegen durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, die Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., den Arbeiter-Samariter-Bund e. V. (ASB), das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e. V., die Deutscher Präventionstag gGmbH, die Stiftung Wissenschaft und Politik mit der Forschungsgruppe Rüstung und Rüstungskontrolle, das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV) und die Bertelsmann Stiftung als vertreten an. Ebenso sollte die Bundesregierung Auskunft über die Hauptempfänger aus der Wirtschaft, dem öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich sowie der Wissenschaft geben. Aus dieser Förderlinie wird auch das Projekt INKA finanziert (siehe Schwerpunkt). Die Linke hat nach eigenem Bekunden das Programm vor allem deswegen kritisch im Blick, da es nach ihrer Auffassung die Stärkung der Marktposition der deutschen Sicherheitswirtschaft zu einem seiner Hauptziele macht. Im Zeitraum von Juni bis August 2012 fand eine Evaluation statt, deren Ergebnisse in Kürze in Form eines Berichtes auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlicht werden sollen.

Antwort unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/121/1712172.pdf>

nach oben

Kritik am neuen Datenportal GovData von Bund und Ländern

Bund und Länder haben heute das Portal »GovData - Das Datenportal für Deutschland« gestartet, das einen zentralen Zugang zu Verwaltungsdaten ermöglichen soll. Diese Plattform ist ein Prototyp, der vom Fraunhofer Institut FOKUS in Abstimmung mit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Open Government« entwickelt wurde. Das Datenportal soll zur Umsetzung von »Open Government« beitragen, einem Prinzip für offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln, das neben verstärkter Bürgerbeteiligung auch den freien Zugang zu Verwaltungsdaten umfasst. Allerdings wird »GovData« in der Zivilgesellschaft kritisch diskutiert. Zunächst als Open-Government-Portal geplant, konzentriert es sich nun auf Daten. Dies und die dafür neu geschaffene »Datenlizenz Deutschland« stehen im Zentrum der Kritik. Diese Lizenz orientiert sich nicht an internationalen Standards und erschwere eine weitere Nutzung der Daten durch engagierte Bürger, so ein Offener Brief der Open Knowledge Foundation

Deutschland, der von vielen zivilgesellschaftlichen Akteure unterzeichnet wurde. Einige dieser Akteure engagieren sich, zusammen mit dem BBE, im Arbeitskreis »Open Government Partnership Deutschland«, der sich für einen Beitritt Deutschlands zum gleichnamigen internationalen Staatennetzwerk einsetzt. Die Staaten in der »Open Government Partnership« tauschen sich regelmäßig über die Verbesserung der Regierungsarbeit aus.

Datenportal »GovData - Das Datenportal für Deutschland« unter <http://www.govdata.de>

Offener Brief der Open Knowledge Foundation Deutschland unter <http://not-your-govdata.de>

Arbeitskreis »Open Government Partnership Deutschland« unter <http://opengovpartnership.de>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Neuer BBE-Sprecherrat gewählt

Der neu konstituierte 5. Koordinierungsausschuss des BBE hat auf seiner ersten Sitzung am 19. Februar 2013 die bisherigen Mitglieder des Sprecherrates für weitere drei Jahre im Amt bestätigt. Zum Vorsitzenden des Sprecherrates und damit auch des BBE-Koordinierungsausschusses wurde erneut Prof. Dr. Thomas Olk (Universität Halle-Wittenberg und Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Bürger für Bürger“) gewählt. Erneut gewählt wurden auch Carola Schaaf-Derichs (Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin), Brigitta Wortmann (BP Europa SE), Manfred Bauer (Staatskanzlei Brandenburg) und Michael Bergmann (Deutscher Caritas Verband). Der Koordinierungsausschuss beriet zudem ausführlich über ein Impulspapier an die Parteien im Bundestagswahlkampf und über die Aktionswoche 2013.

nach oben

BBE-Fachtag Erster Engagementbericht: Rückblick

Der erste Engagementbericht der Bundesregierung wird seit Monaten in der Fachöffentlichkeit diskutiert. Das BBE als Wissens- und Kompetenzplattform hat einen Beitrag zur Intensivierung und Vertiefung der fachpolitischen Diskussion zum Bericht geleistet: Es veranstaltete am 6. Februar 2013 mit Förderung des BMFSFJ einen sehr gut besuchten Fachtag zum allgemeinen, engagementpolitischen Teil des Berichts. Ziel war es, die Handlungsempfehlungen des Berichtes in die Fachöffentlichkeit und Netzwerkdiskussion zu tragen und in Bezug zu den engagement- und demokratiepolitischen Impulsen des BBE zu setzen. Eine Begrüßungsrede des Sprecherratsvorsitzenden Prof. Thomas Olk sowie das Grußwort des Staatssekretärs im BMFSFJ Lutz Stroppe rahmten das Programm. Einführende Beiträge der Vorsitzenden der Sachverständigenkommission für den Engagementbericht, Prof. Hüther und Prof. Braun, bereitet die Diskussionen in vier Dialogforen vor. In diesen standen politische Rahmenbedingungen, die

intermediäre Rolle der organisierten Zivilgesellschaft, das sich wandelnde Verhältnis von Zivilgesellschaft zu Staat und Wirtschaft sowie Fragen und Bedarfe der Engagementforschung im Zentrum. Die zentralen Ergebnisse der Foren flossen in die abschließende Podiumsdiskussion ein. Anknüpfend an die lebhaften Debatten des Fachtages und die Empfehlungen des Engagementberichts erstellt das BBE derzeit eine Agenda der Engagementforschung. Sie wird dem BMFSFJ im März übergeben. Ein Newsletter-Schwerpunkt mit Ergebnissen der Diskussionen des Fachtages erscheint am 4. April 2013.

Weitere Informationen und Fotos unter
<http://www.b-b-e.de/index.php?id=veranstaltungsarchiv>

nach oben

Sitzung der AG 3 »Freiwilligendienste«: Bericht

Am 12. Februar 2013 fand in der LandesEhrenamtsagentur Hessen in Frankfurt am Main die 32. Sitzung der BBE-Arbeitsgruppe 3 »Freiwilligendienste« statt. Peter Fuchs, BMFSFJ, referierte zu den aktuellen Entwicklungen im Bundesfreiwilligendienst (BFD). Hartmut Brombach, IB und Vertreter des BAKFSJ, informierte über den aktuellen Stand bei den Jugendfreiwilligendiensten (JFD). Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion standen Fragen der Kontingentierung, der Arbeitsmarktneutralität des BFD, der inhaltlichen Ausgestaltung der pädagogischen Begleitung, ihrer Organisation und Finanzierung bei den U27- und den Ü27-Jährigen und die Absicht, die von der BAFzA in den neuen Bundesländern betreuten Ü27-Jährigen von derzeit 70-80 Prozent auf 50 Prozent zu beschränken. Über die Vorstellungen der Kommunen zur Bedeutung von Freiwilligendiensten sprach als Gast Ute Kreienmeier, Deutscher Städte- und Gemeindebund. Sie lobte die erfolgreiche Etablierung des BFD, die gute Betreuung der meisten kommunalen Einsatzstellen durch das BAFzA und sprach sich für ein gemeinsames Engagement gegenüber dem Bund aus, damit mehr Mittel für mehr Freiwillige im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Die AG war sich einig, dass der Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden fortgesetzt werden soll. Über die Mitte 2012 gestartete Evaluation des BFDG und des JFDG berichtete Susanne Huth, Inbas Sozialforschung, die die Evaluation mit Partnern durchführt. Bei der breit angelegten Evaluation geht es um detaillierte Informationen zu den Freiwilligen, den Einsatzstellen und Trägern, um deren Bedeutung für die Gesellschaft und um den Vergleich zwischen den zivilgesellschaftlich strukturierten JFD und dem staatlich organisierten BFD. Auf der Tagesordnung stand auch die AG-SprecherInnenwahl. Dr. Christa Perabo und Gottfried Wolf wurden für weitere drei Jahre in ihrem Amt bestätigt.

nach oben

Civil Academy: 24 junge Engagierte ausgewählt

Die Jury hat entschieden - und das war keine leichte Aufgabe: Aus zahlreichen Bewerbungen haben Brigitta Wortmann, Senior Political Adviser BP Europa SE, Tobias Kemnitzer, Mitglied im Koordinierungsausschuss des BBE und Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Viola Seeger, Projektleiterin in der Robert Bosch Stiftung, und Rainer Engelken, Mitglied im Alumni-Beirat der Civil Academy, 24 junge Engagierte für die 16.

Runde der Civil Academy ausgewählt. Die eingereichten Projekte bzw. Projektideen können jetzt im dreiteiligen Seminarzyklus mit Hilfe von Know-how aus Wirtschaft und Bürgergesellschaft geprüft und weiterentwickelt werden. Die Civil Academy bietet darüber hinaus Austausch und Vernetzung mit jungen Engagierten aus dem gesamten Bundesgebiet. Die 16. Runde startet vom 22.-24. März 2013 mit dem ersten Seminarwochenende zum Thema Projektmanagement.

nach oben

Neue Mitarbeiterin im BBE

Dank einer Förderung durch die Robert Bosch Stiftung unterstützt Johanna Voll seit Mitte Februar als Praktikantin den Bereich Social Media des BBE. Die Kulturwissenschaftlerin studierte zunächst interkulturelle Europa- und Amerikastudien in Halle (Saale). Danach folgte ein Master der soziokulturellen Studien in Frankfurt (Oder). Während des Studiums hat Johanna bereits in der Redaktion eines Onlinemagazins Erfahrungen sammeln können. Neben ihrem Herzblutthema Social Media interessiert sie sich für Themen aus dem Bereich der Arbeitssoziologie (neue Arbeitsformen der Wissensgesellschaft). Besonders spannend findet sie Coworking Spaces, wo jede oder jeder einen temporären Arbeitsplatz mit Zugang zu einem persönlichen Netzwerk und einer guten Ausstattung mieten kann. Das war auch das Thema ihrer Masterarbeit. Privat engagiert sie sich in der Kindertagesstätte ihrer vierjährigen Tochter als Hauptelternvertreterin.

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Engagement und verknappte Zeit: Fachtag Jugendforschung

Am 13. März 2013 führt der Deutsche Bundesjugendring den Fachtag Jugendforschung von 10 Uhr 30 bis 17 Uhr in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin durch. »Keine Zeit für Jugendarbeit!?!« ist das Thema dieses Fachtages. Tatsächlich führen G8, Ganztagschule und verändertes Freizeitverhalten zu einer Verknappung freier Zeitressourcen bei Jugendlichen. Das hat Folgen auch für das Engagement junger Menschen in Jugendverbänden. Erstmals wird u.a. die Studie »Keine Zeit für Jugendarbeit!?!« des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut / TU Dortmund vorgestellt und diskutiert. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Informationen und Anmeldung unter
<http://www.dbjr.de/termine/details/view/2013/03/13/type/termin/fachtag-jugendforschung-keine-zeit-fuer-jugendarbeit.html>

nach oben

Kommunen und Zivilgesellschaft: 8. Kommunalkongress 2013

Der 8. Kommunalkongress 2013 der Bertelsmann Stiftung befasst sich mit Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, mit Potenzialen und Grenzen in wichtigen kommunalen

Handlungsfeldern sowie mit fördernden Rahmenbedingungen von Engagement, sozialem Investment und Partizipation. Dabei geht es auch immer wieder um Beispiele guter Praxis. Der Kongress findet am 18. und 19. März 2013 in Berlin unter dem Titel statt: »Gemeinsam die Zukunft meistern! Zivilgesellschaft in Kommunen.«

Weitere Informationen unter

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/114172.htm>

nach oben

Charta der Vielfalt ruft 1. Deutschen Diversity-Tag ins Leben

»Vielfalt unternehmen« lautet das Motto des 1. Deutschen Diversity-Tags, der am 11. Juni 2013 stattfindet. Beteiligten können sich Betriebe und Vereine, Organisationen, Stiftungen und Verbände. Erste große und kleine Organisationen haben sich schon angemeldet und planen kreative Aktionen für den bundesweiten Veranstaltungstag. 250 Aktionen sind deutschlandweit angestrebt. Initiator des 1. Deutschen Diversity-Tags ist der Charta der Vielfalt e.V., der als Agenda Setter für Diversity Management das Ziel verfolgt, Vielfalt noch weiter in den öffentlichen Fokus zu rücken. Kernstück des Vereins ist eine Selbstverpflichtung für ein vorurteilsfreies Arbeitsumfeld, die bis jetzt über 1350 Institutionen unterzeichnet haben.

Weitere Informationen unter

<http://www.charta-der-vielfalt.de>

nach oben

Preis für Online-Partizipation: Ausschreibung

Am 5. Februar 2013 startete die Bewerbungsphase für den Preis für Online-Partizipation 2013. Bis zum 28. März 2013 können sich wieder Partizipationsprojekte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz bewerben. Die eingereichten Projekte sollen den Austausch zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik deutlich erhöhen, auf diese Weise Verwaltungshandeln mitgestalten und die Verwaltung als Hauptakteur haben. Die Jury besteht aus Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Prof. Reinhard Riedl, Fachhochschule Bern, Dr. Peter Parycek, Zentrumsleiter - Zentrum für E-Governance, Donau-Universität Krems, PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Anke Domscheit-Berg, Government 2.0 Netzwerk und Christoph Meineke, Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen, Preisträger Preis für Online-Partizipation 2012. Neben dem Jurypreis wird zum ersten Mal auch ein Publikumspreis vergeben, für den ab Anfang April die Bewertungsphase der eingegangenen Bewerbungen auf dem Beteiligungsportal beginnt. Preisstifter sind die [init[AG für digitale Kommunikation und der Behörden Spiegel. Ziel des Preises ist es, Partizipation als Instrument und Prinzip in Verwaltung und Politik nachhaltig zu fördern. Verliehen wird der Preis für Online-Partizipation im Rahmen des Verwaltungskongress Effizienter Staat am 16. Mai 2013 Uhr im dbb forum Berlin.

Weitere Informationen unter

http://www.politik.de/politik-de/projekte_entdecken/partizipationspreis

nach oben

Jansen, Schröter, Stehr (Hg.): Bürger. Macht. Staat? (Publikation)

Ausgehend von der These, die Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts sei u.a. durch arabische Frühlinge, Stuttgarter Herbst und pirateske Sommer nachhaltig in Bewegung geraten, widmet sich der Band den vermeintlich neuen Zwischenräumen der Gesellschaft. Dabei betrachten die Autoren die neue normative Verfasstheit der drei Akteure - Staat, Unternehmen, Zivilgesellschaft - und nehmen jeweils ausgewählte Phänomene wie Open Government, Sozialunternehmertum oder Protest unter die Lupe. »Bürger. Macht. Staat? Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, Teilnahme und Arbeitsteilung« (Springer VS, 2012), herausgegeben von Stephan A. Jansen, Eckhard Schröter und Nico Stehr, verfolgt dabei einen interdisziplinären Ansatz und besticht - je nach Autor - durch eine heitere und lockere Wortwahl.

Buch bestellen unter

<http://www.springer.com/springer+vs/soziologie/book/978-3-531-19346-5>

nach oben

Karima Benbrahim (Hg.): Diversität (Publikation)

Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (2006) heißt es: »Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.« Das Gesetz allein verhindert jedoch nicht alltägliche Ausgrenzung und Diskriminierung - dafür wirken, ob bewusst oder unbewusst, festgefahrene Strukturen, Vorurteile und Stereotype noch viel zu nachhaltig. Der Reader »Diversität bewusst wahrnehmen und mitdenken, aber wie?« (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V., 2012), herausgegeben von Karima Benbrahim, will Diversität thematisch in die Jugend- und Bildungsarbeit einbringen. Deswegen richtet er sich an Multiplikator_innen aus dieser Szene und bietet neben einem Theorieteil auch einen Praxisteil mit Handlungsofferten und Methoden sowie einen Serviceteil mit einer Auswahl an Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene.

Reader bestellen unter

<http://www.idaev.de/publikationen/reader/>

nach oben

Stefan Glaser, Thomas Pfeiffer (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus (Publikation)

Jung, modern und ziemlich cool präsentiert sich die rechtsextremistische Szene heute - der Imagewandel vom ewiggestrigen Schlägertyp hin zum »Autonomen Nationalen« ist vollbracht. Gleichwohl sich ihre Weltanschauung im Kern nicht geändert hat, präsentiert sich die Szene nach Außen zurückhaltend und unverdächtig. Ihre Werbebotschaft lautet »Kameradschaft« in unsicheren Zeiten und ist gezielt an Jugendliche gerichtet. Eingepackt wird der rechte Lifestyle in eine Erlebniswelt aus Musik, Action und Events, die über das Internet und Social Media verbreitet wird. Das Buch »Erlebniswelt Rechtsextremismus.

Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe-Methoden-Praxis der Prävention« (Wochenschau Verlag, 2013), herausgegeben von Stefan Glaser und Thomas Pfeiffer, zeigt, mit welchen Mitteln Rechtsextremisten Jugendliche ansprechen und was Schule und Jugendbildung gezielt zur Aufklärung beitragen kann. Der Praxisteil des Buches mit konkreten Projekten ist eng mit den Inhalten der beigefügten CD-ROM verknüpft.

Buch bestellen unter

<http://www.wochenschau-verlag.de>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 7. März 2013.
Redaktionsschluss ist der 28. Februar 2013.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Katrin Kwiatkowski, M.A.-Pol. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung des Projekts »Professionelle Integration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und Katastrophenschutz« durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

Hinweis

Gefördert vom:



Gefördert vom:

